Sozialer Wohnungsbau muss auch in Landshut angeschoben werden

25.12.2015 10:28



Bundestagsabgeordneter Florian Oßner hat sich bei einem Besuch des Sozialen Zentrums der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Landshut ein Bild von der vielfältigen Arbeit des Verbands gemacht und sich mit Vorsitzendem Dietmar Franzke und Geschäftsführerin Gabriele Heinze unter anderem über die Zukunft des Sozialwohnungsbaus in Landshut ausgetauscht. „Auch wenn die CSU die Begrenzung des Flüchtlingszustroms als wichtige Aufgabe der Asylpolitik sieht, ist klar, dass eine beträchtliche Anzahl Zuwanderer dauerhaft bei uns bleiben werden. Und damit deren Integration gelingt, brauchen wir Wohnungen für die anerkannten Flüchtlinge“, sagte Oßner. Zudem gebe es aber auch immer mehr Deutsche, die sich den starken Mietanstieg der letzten Jahre in der wirtschaftlich starken Region Landshut nicht mehr leisten könnten. Um den schwachen sozialen Wohnungsbau anzukurbeln, habe die Bundesregierung schon 500 Millionen Euro im ersten Schritt für Maßnahmen in diesem Bereich bereitgestellt. „Damit vor Ort aber wirklich spürbar etwas passiert, muss und wird da noch mehr kommen“, erklärte Oßner.

Pflegeversicherung besser aufstellen

Eine bessere Finanzierung fordert die AWO auch für die Pflegeversicherung. „Die aktuellen politischen Beschlüsse bedeuten zwar eine kleine Verbesserung“, sagte Heinze. „Aber trotzdem sind weitere Nachbesserungen nötig, um gerade die langfristige Pflege von Demenzkranken zu sichern und die finanzielle Belastung der betroffenen Familien erträglich zu halten.“ Oßner stufte die Organisation der Pflegeversicherung als große Herausforderung für die alternde Gesellschaft ein. „Unsere Gemeinschaft wird sich daran messen lassen müssen, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Darum ist auch die Arbeit der AWO sehr wichtig für die Versorgung der Menschen in Stadt und Landkreis Landshut.“

Im Sozialen Zentrum an der Ludmillastraße betreibt die AWO unter anderem ein Demenzzentrum und eine ambulante Tagespflege für Senioren. Dort sind unter anderem auch eine Kindertagesstätte und die Migrationsberatung untergebracht. Außerdem gibt es im AWO-Laden gebrauchte Markenkleidung günstig zu kaufen.

Zu großes Misstrauen bei Umgang mit öffentlichen Geldern

Der AWO-Kreisverband Landshut hat rund 200 Beschäftigte, 150 ehrenamtliche Mitarbeiter und ein jährliches Haushaltsvolumen von rund fünf Millionen Euro. Damit ist der Verband vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Altenpflege und Jugendsozialarbeit an Schulen tätig. Spender, die bei der

Bewältigung dieser wichtigen Aufgaben helfen wollen, können das laut Franzke aber kaum wirkungsvoll tun, denn: „Unsere staatliche Förderung reduziert sich um den Betrag, den wir gespendet bekommen.“ Und selbst die Nachweise für einen Zuschuss von 30 000 Euro im Jahr würden mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand von Bundesprüfern unter die Lupe genommen. „Manchmal scheint das Misstrauen über den Umgang mit öffentlichen Geldern doch sehr groß zu sein“, bemerkte Oßner. „Wir könnten eine öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit mancher überzogener Prüfungen gut gebrauchen.“



Waren sich im Gespräch einig, dass der Sozialwohnungsbau finanziell gestärkt werden muss (von links): AWO-Vorsitzender Dietmar Franzke, MdB Florian Oßner und AWO-Geschäftsführerin Gabriele Heinze